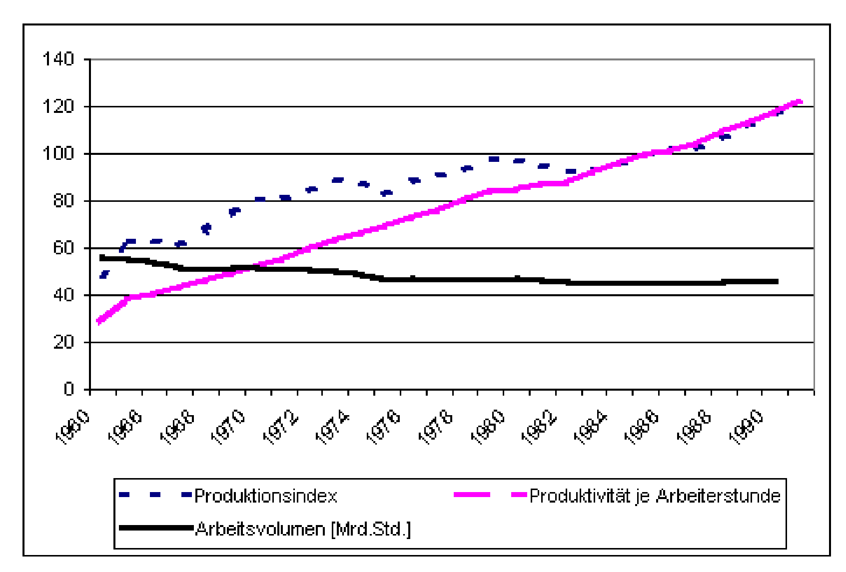
Zur Genealogie des Konzeptes „Grundeinkommen“ bzw. „Negative Einkommenssteuer“

1. Sofern ein politischer Wille vorhanden ist bzw. politische Kräfte Druck erzeugen, um die Lebensrisiken (Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit) der Menschen mit geringstem Einkommen wie die Sparneigung derjenigen mit höherem Einkommen niedrig zu halten, gibt es prinzipiell zwei politische Wege: Steuerfinanzierte Sicherungssysteme oder staatliche Pflichtversicherungsmodelle. Eine dritte Möglichkeit wäre der staatliche Zwang zu Privatversicherungen, da ohne diesen Zwang Menschen mit niedrigem Einkommen eher dazu neigen, Risiken nicht abzusichern. In diesem Falle übernimmt der Staat aber keine Garantie für das Ergebnis. Die totale Privatisierung der Lebensrisiken käme einer politischen Lösung mit außer-politischen Mitteln gleich, wäre überdies wachstumspolitisch kontraproduktiv.

2. Alle Konzepte zur Zukunft der Arbeit teilen heute die Grundannahme, dass die Menschheit – vor allem in Industrienationen – künftig ohne den bisherigen Umfang an Erwerbsarbeit auskommen werde. Infolge des Produktivitätszuwachses werden mit immer weniger Arbeit immer mehr Produkte hergestellt. Allein in Deutschland stieg das Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1996 von einer auf 2,8 Billionen DM. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden von 56,1 Mrd. auf 44 Mrd, um das BIP zu erzeugen.



Produktivität und Arbeitsvolumen in West-Deutschland (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)

3. Solange die annähernde Vollbeschäftigung erhalten bleibt, liegt kein Problem vor. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist dann – wie bis in die 70er Jahre hinein – stark genug, um Produktivitätszuwachs durch Lohnsteigerungen bzw. Arbeitszeitverkürzung (d. h. durch die Preissteigerung der Arbeit im Maße durchschnittlicher Produktivitätssteigerung einer konkurrenzförmigenVolkswirtschaft) im wohlfahrtsstaatlichen Sinne auszugleichen. Da sich Investitionen an Absatzchancen orientieren, bleibt Wachstum durch Nachfrage gesichert.

4. Die Situation hingegen: Die Zahl der Arbeitslosen (1994 weltweit etwa 800 Million), steigt weiter an. Das Produktionspotential steigt rascher als die effektive Nachfrage. Wie Keynes erkannt hatte, besitzen Wirtschaftssubjekte in einer Wirtschaft mit Buchgeld die Option, ihr Geld nicht für heutigen Konsum oder jetzt vorzunehmende Investitionen auszugeben, sondern zu sparen. Je ungewisser die Zukunftsrisiken sind, um so höher die individuelle Sparneigung derjenigen, die sie sich leisten können, woraus Deflationsgefahr bzw. die Gefahr der unterkonsumptiven Krise erwächst.

5. Um die Abkehr vom Vollbeschäftigungsziel, mithin die Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, zu erreichen, bedurfte es legitimierender Volkswirtschaftstheorien, die heute unter den ungenauen Sammelbegriff „Neoliberalismus“ gefasst werden. (Politisch ist der „Neo-“Liberalismus ein Antiliberalismus.) Zu Dominanz gelangte die Ideologie Mitte der 70er Jahre mit den Wirtschaftsnobelpreisen für die Chicagoer Schule, Friedrich August von Hayek 1974 und Milton Friedmann 1976. Großexperimente erfuhr die Theorie im Chile Pinochets ab 1975 und im Großbritannien Thatchers ab 1979. Die gestellten Prognosen hat die Theorie nie erfüllt. John Gray, einst Margret Thatchers Cheftheoretiker, spricht von einer „Ideologie des Laissez-faire“, die „bestenfalls ein Anachronismus“ sei.

6. Ihren Ursprung hat das Konzept des allgemeinen Grundeinkommens bei Milton Friedman. Er prägte den Begriff „Negative Einkommensteuer“ als Alternative sowohl zur sozialstaatlichen Armutsverwaltung wie zur Vollbeschäftigung. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung seien in vergangenen Jahrzehnten Vorwand geworden, um den Umfang staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft auszuweiten. Laut Friedman sei es aber zumeist das Missmanagement des Staates gewesen, das Arbeitslosigkeit verursacht habe. In seinem Klassiker „Capitalism and Freedom“ schrieb er 1962: „Wenn das Ziel der Abbau der Armut ist, benötigen wir ein Programm mit dem Zweck, die Armen zu unterstützen. Die Maßnahme, die sich aus rein technischen Gründen anbietet, ist eine negative Einkommensteuer." „Die genaue Höhe“, so Friedman, „hinge davon ab, was die öffentliche Hand aufbringen kann.“

7. Die „Negative Einkommenssteuer“ erfüllte in der Theorie mehrere Funktionen: A) Ein Mindestlohn erübrigt sich. B) Die Höhe wird vom vorher bezogenen Lohn entkoppelt. C) Die Höhe wird dem Einfluss der Gewerkschaften entzogen und der Haushaltslage der öffentlichen Hand anheimgestellt. D) Arbeitende können besser gegen Arbeitslose ausgespielt werden, um die Einkommen beider zu senken. E) Der Staat soll von sozial- und wirtschaftspolitischer Verantwortung befreit werden. F) Vollbeschäftigung soll als politisches Ziel aufgegeben werden G) Je niedriger die „Negative Einkommenssteuer“, um so tiefer lässt sich der Arbeitspreis drücken. Etc. etc.

8. Da sich die Theorie gerade nicht im Sinne der Grenznutzentheorie an individuellen Bedürfnissen orientiert und die Arbeit ebenso nicht als Beschwerde – als „negativen Nutzen“ – in Rechnung stellt (vgl. Keynes), sondern allein mit Anreizen kalkuliert, ist sie offen für die Legitimation repressiver Maßnahmen wie Bezugskürzungen (um sogenannte „negative Anreize“ zu verhindern), sofern eine angebotene gering bezahlte Arbeit nicht angenommen wird. Dergestalt ermächtigt die Theorie den Staat offensiv gegen die Gewerkschaftsmacht zugunsten der Preissenkung von Arbeit einzuschreiten.
In Reinform konnte die Theorie praktisch nie umgesetzt werden, doch durchaus in Verbindung mit Lohnsubvention (z.B. „Beschäftigungsprämien“ in Frankreich, um Arbeitslose vermeintlich aus der „Armutsfalle“ Bezugsberechtigung zu heben, wobei gilt: Je höher das niedrige Einkommen, um so geringer die Prämie.).

9. Die steuernde Gewalt über die Umverteilung durch und von Steuern sowie die Macht über den Geldwert besitzt der Staat. Der Einfluss auf die Höhe des Einkommens hängt in der liberalen Demokratie von der politisch organisierten Verhandlungsmacht über die Preisbildung des Einsatzes der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ab. Eingedenk der taktischen Funktion, die das Konzept „Negative Einkommenssteuer“ in der neoliberalen Strategie zur Entwertung von Arbeit hatte und hat, sind die Gefahren zu bedenken, die sich auch mit der Forderung nach modifizierten Grundeinkommens-Konzepten verbinden können.

10. Mit den Hartz-Gesetzen sind die Versicherungsmodelle, die sich auf den Arbeitslohn bezogen hatten (bezüglich Altersrente, Gesundheitskosten und Arbeitslosenhilfe), zu weiten Teilen aufgekündigt. Überdies ist durch ALG II sogar der einstige Sozialhilfesatz gekürzt. Nichts ist als Arbeitsangebot mehr unzumutbar. – Nie sind die Gewerkschaften in der Geschichte der Bundesrepublik stärker in die Defensive gedrängt worden. Zugleich werden Versuche unternommen, die Betriebsräte gegen die Gewerkschaften zu instrumentalisieren, um die Flächentarifverträge restlos aufzulösen. Der Markt soll nicht mehr als Kontrollmechanismus der Privilegierten wirken, sondern Konkurrenz soll zunehmend zwischen Arbeitslosen um Arbeitsplätze stattfinden. – Die Frage nach dem Erhalt des kapitalistischen Systems wird von oben gestellt!

11. Sofern es nicht gelingt, die Hartz-Gesetze rückgängig zu machen, ist die Forderung nach Regelsatzerhöhung die sinnvollste Strategie im Kampf um die Preissteigerung für Arbeit. Sie ist kompatibel mit den Interessen der Gewerkschaften. Volkswirtschaftlich erfüllt der Regelsatz die Funktion einer Art Mindestlohn, denn unter den Regelsatz können die Löhne nicht sinken. Mit der Höhe des Regelsatzes gewinnen die Gewerkschaften an Verhandlungsmacht. Die Forderung nach Regelsatzerhöhung muss mit den Tarifkämpfen verbunden werden.
Auch wer ein – wie auch immer gestaltetes – Grundeinkommen will, kann sich der Forderung anschließen, denn da der Regelsatz bereits der Arbeitsleistung entkoppelt ist, stellt er ohnehin (nach der kurzen ALG-I-Frist) nur noch ein Quasi-Grundeinkommen dar, das es aber zu steigern gilt.
Langfristig muss die Umverteilung von Arbeit, also annähernde Vollbeschäftigung, das die Not wendende strategische Ziel sein, denn Arbeit kann nur dann durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerungen wachstumsoptimal teuer werden, wenn sie kanpp ist. Oliver Kloss 2005 für ABSP